



Herausgegeben vom SPD Ortsverein Icking 33. Jahrgang Mai 2014 Nr. 89

Liebe Nachbarn, verehrte Mitbürger,

Irschenhausen, Mai 2014 Vier Wahlen innerhalb von 8 Monaten sind für uns bayerische Wähler schon etwas viel. Im September 2013 wurde der bayrische Landtag, nur zwei Wochen später der Deutsche Bundestag und am 16. März 2014 schließlich der Ickinger Gemeinderat neu gewählt.

Und jetzt sind wir am 25. Mai erneut zur Wahl aufgerufen, nämlich zur Europawahl. Kein Wunder, dass in einer Umfrage des ZDF-Politbarometers in der ersten Aprilhälfte dieses Jahres von „wahlmüden Deutschen“ (vgl. SZ vom 12.4.) die Rede ist. „Die Europawahl in 6 Wochen lässt die meisten Deutschen noch sehr kalt“, heißt es dort. Bei der Befragung gaben 72 Prozent der Bürger an, nur geringes oder gar kein Interesse an der Abstimmung zu haben; nur 28 Prozent interessieren sich stark oder sehr stark für das Votum am 25. Mai.

Das Thema, das mit Europa weiterhin am stärksten in Zusammenhang gebracht wird, ist die Euro-

Krise, 76% der deutschen Wähler gehen davon aus, dass die Krise noch nicht bewältigt ist.

Das Ergebnis dieser Umfrage sollte uns alle wachrütteln.

Eine schwache Wahlbeteiligung hilft den Rechtspopulisten - wie wir bereits in Frankreich gesehen haben. Hinzu kommt, dass nach der jüngst ergangenen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland für den Einzug ins Europaparlament nicht mehr eine 3%-Hürde übersprungen werden muss.

Wir möchten mit allen Kräften unseren Beitrag dazu leisten, die Europawahl auch bei uns in Icking zu einem wichtigen Thema zu machen. **Wählen bedeutet mitgestalten und diese Möglichkeit sollte uns den Weg zur Urne wert sein.**

In diesem Schaukasten befassen sich fachlich profilierte Ickinger mit einigen europäischen Themen, die auch für uns vor Ort Bedeutung (wie z.B. Einheimischen-Modelle), teilweise sogar Brisanz (Ukraine) haben.

Martin Schulz von der SPD stellt sich wieder zur Wahl. Ihre Stimme hat damit sozusagen ‚doppeltes‘ Gewicht!

Ihr Alfred von Hofacker

Aus dem Inhalt:

- 2 Europa braucht den Tierschutz
Dr. M. Pick
- 4 Europarecht in Icking, das Einheimischen-Modell (EHM) *C. Beier*
- 6 Ukraine: was steht bei der Europawahl auf dem Spiel? *Dr. M. Schulze Wessel*
- 7 Die Energiewende *K. Kreuzer*
- 8 Die SPD Kandidaten: Martin Schulz, Kandidat für den EU Kommissionspräsidenten,
Maria Noichl, Kandidatin zum EP

SPD Ortsverein Icking

<http://spd-icking.de>
www.icking-spd-gruene.de

IMPRESSUM

Der Schaukasten wird herausgegeben vom SPD Ortsverein Icking

V.i.S.d.P.: A. v. Hofacker (Tel.955160)
Redaktion: A. v. Hofacker, D. Krank, L. Haerberlein, M. Noichl, C. Beier, K. Kreuzer, Dr. M. Pick, Dr. M. Schulze Wessel

Auflage: 1200 Stück, gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Alle Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar.



Icking / Holzen - Die Stellung des Tieres in Europa hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich zu Gunsten unserer tierischen Mitgeschöpfe verschoben. Das Tier hat in Deutschland den Sprung von der „Sache“ zur „Mitgeschöpflichkeit“ geschafft. Seit 2002 ist in Deutschland der Tierschutz auch noch als Staatsziel im Grundgesetz verankert worden.

Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD ist der notwendige Schutz des Tieres jedoch mit keinem Wort erwähnt.

Lediglich die „natürliche Umwelt“ - so steht es da geschrieben - darf nicht zur bloßen Ware werden.

Besonders in Anbetracht der bevorstehenden Europa-Wahl sollte sich die SPD nicht nur für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität unter den Menschen einsetzen, sondern auch Verantwortung für das Tier übernehmen.

Andere Länder in Europa zeigen uns schon seit längerem einen tierfreundlicheren Weg. In Deutschland sind derartige Verbesserungen immer wieder auf Widerstand von Lobbyisten gestoßen.

Wenn der Mensch im Entwicklungstamm den höchsten Zweig erreicht haben sollte, so ist damit aber auch eine größtmögliche Verantwortung verbunden.

Die (Um-)Welt sich zum Untertan zu machen genügt nicht, wenn man nicht gleichzeitig Verantwortung für sie übernehmen will.

Während der Mensch immer das Wohlergehen seiner Spezies durch religiöse und weltliche Gesetze zu verbessern versucht, bleibt das „tierische“ Leben davon ausgenommen, es sei denn die Verbesserung der tierischen Situation führt auch zur Verbesserung der menschlichen. Ist dies nicht der Fall, so bleibt das Leid der Tiere weitgehend unbeachtet. Dies darf uns aber nicht gleichgültig sein, nicht zuletzt, weil diese Missachtung auch Einfluss auf zwischenmenschliches Verhalten hat.

Die Schweiz, die zumindest im geographischen Sinne zu Europa zählt,

setzt sich immer wieder für einen verbesserten Tierschutz ein. So ist z.B. **in der Schweiz die ‚WÜRDE DES TIERES‘ vor kurzem in das Tierschutzgesetz übernommen** wurde.

Nun könnte man meinen, dass weitere Verbesserungen nicht notwendig sind, da in unserer „Wohlstandsgesellschaft“ das Tierschutzgesetz Missstände im Umgang mit den Tieren ausreichend regelt. Wie kann es aber dann sein, dass quälerrische Tiertransporte durch ganz Europa ziehen, dass das Tier zur Massenware in Tierfabriken wird, dass mechanisierte Schlachtungen die Würde des Tieres missachten und tierische Produkte ohne Rücksicht auf das Wohl der Tiere gewonnen bzw. erzeugt werden. Warum wurde bei uns in Deutschland nicht längst die Käfighaltung für Hühner abgeschafft, wie dies in der Schweiz schon seit langem geschehen ist? Warum werden Schlachttiere nicht in geschlachtetem Zustand über längere Strecken transportiert?

Keine Angst diese Zeilen sollen nicht dazu führen, dass der Leser zum Vegetarier, bzw. zum Veganer bekehrt werden soll, sie sollen aber daran erinnern, dass die Wirbeltiere mit uns Menschen sehr nah verwandt sind, in ähnlicher Weise Schmerzen empfinden und, wie wir Menschen, auch leiden können. Auch ist jedes Tier ein Individuum mit einer ihm zustehenden Würde.

Im deutschen Tierschutzgesetz ist der Begriff des „vernünftigen Grundes“ eingeführt worden, wobei die Vernunft hier oft eine zweifelhafte Auslegung erfährt: Vernünftig ist was dem Menschen nützt.

So wird z.B. die Tötung eines Tieres zum Zwecke der Ernährung als vernünftiger Grund angeführt, auch wenn der Verzehr von Teilen des geschlachteten Tieres eher einem „Gaumenkitzel“ dient.

Es gibt noch andere Aspekte der Missachtung des Tieres: So basiert

z.B. das von dem Nazischergen Göring eingeführte und heute noch bei **uns so praktizierte Jagdgesetz** auf einer nicht näher definierten Waidgerechtigkeit, statt die Praktiken der Jagd dem Gedanken des Tierschutzes unter zu ordnen. Das schmerzlose Töten eines Tieres hat doch Vorrang vor nicht näher definierten jagdsportlichen Verhaltensregeln.

Jeder Sport mit Tieren (vor allem mit Pferden und manchmal auch mit Hunden) ist abzulehnen, wenn er mit stets wiederkehrenden körperlichen oder seelischen Schäden verbunden ist.

Rennpferde mit der Peitsche durchs Ziel zu treiben kann ebenso wenig akzeptiert werden, wie Militärpferden über gefährliche Natursprünge zu schicken, an denen sie dann oft mit schwersten Verletzungen scheitern. **Auch im Reitsport war die Schweiz ein „Vorreiter“, der gewisse Reitpraktiken (Rollkur) verboten hat.**

Bei den zoologischen Gärten ist auch nicht alles so tierfreundlich wie es von diesen immer dargestellt wird. Es gibt Tiere, die ihrer seelischen und körperlichen Natur entsprechend eben nicht ihr Leben auf wenigen Quadratmetern hinter Gittern, Mauern oder Wassergräben fristen sollten.

Dies gilt umso mehr für Zirkustiere. Im Zirkus haben Wildtiere gar nichts zu suchen, wobei es unerheblich ist, ob sie bereits in Gefangenschaft geboren sind oder als Wildtiere der Natur entrissen wurden. Warum wurde nicht längst das Wildtierverbot für Circusse durchgesetzt? **Tiere sind nicht unsere Sklaven!**

So wie wir mit Unverständnis und großer Missbilligung auf die Sklavenhaltung vergangener Zeiten zurückblicken, werden sich unsere Nachkommen eines Tages sehr wahrscheinlich mit einem eben solchem Unverständnis an die heutige tierverachtende Nutzung unserer Mitgeschöpfe erinnern.

*Dr. Maximilian Pick,
Fachtierarzt für Tierschutz*



EU-MITGLIEDSLÄNDER NACH BETRIITTSJAHREN

Die Abgeordneten des EU-Parlaments werden für jeden Mitgliedstaat getrennt gewählt. Das bedeutet: Der deutsche Wähler entscheidet ausschließlich über die Verteilung der 99 deutschen Mandate im EU-Parlament auf die in Deutschland antretenden Parteien. Auch das Wahlsystem wird national bestimmt. Das heißt, für bestimmte Sperrklauseln, das Wahlalter oder auch den Wahltag gilt nationales Recht.

Die Europäischen Union umfasst gesamt: 28 Länder, mit gesamt 505,3 Mio. Einwohnern. Europa hat eine Grundfläche von 4.381.324 km², die Küstenlinie beträgt im Ganzen 67.770,9 km.

Weiter sind Bestandteile der Europäischen Union die französischen Übersee-Departements: Französisch-Guayana, die Karibikinseln Martinique und Guadeloupe sowie Réunion und (seit 1. Januar 2014) Mayotte, beide im Indischen Ozean.

Zu dem Staat der Niederlande gehören neben den zwölf Provinzen des europäischen Teils die drei Karibikinseln Bonaire, Sint Eustatius und Saba, „die Inseln über dem Winde“, die allesamt als *Besondere Gemeinden* bezeichnet werden.

Weitere karibische Gebiete sind kein Teil der Niederlande, somit kein Teil der EU, sondern sind mit diesem vielmehr unter dem „Dach“ des Königreichs der Niederlande verbunden: Aruba, Curaçao und Sint Maarten, „die Inseln unter dem Winde“.

Die Insel St. Martin (nur der niederländische Südteil Sint Maarten ist nicht Teil der EU), der Nordteil ist als Saint-Martin ein französisches *Collectivités d'outre-mer* (COM), der franz. Teil der Karibikinsel ist in der EU.

Außerdem als Teile von Spanien sind in der EU: die Kanaren, Ceuta und Melilla, (in Marokko, Afrika) und die zu Portugal zählenden Inselgruppen der Azoren und Madeira.

EUROPÄISCHES PARLAMENT in Strasbourg, Frankreich, mit 766 Abgeordneten.

Die Einwohnerzahlen (in Mio.) und die Sitze im EU-Parlament pro Land nach der Wahl 2014:

| Jahr | Einwohner | Sitze |
|-----------------------------|-----------|-------|
| 1952 | | |
| Belgien | 10,8 | 21 |
| Deutschland | 81,8 | 99 |
| Frankreich | 64,7 | 74 |
| Italien | 60,3 | 73 |
| Luxemburg | 0,5 | 6 |
| Niederlande | 16,6 | 26 |
| 1973 | | |
| Dänemark | 5,5; | 13 |
| Irland | 4,5 | 11 |
| Vereinigtes Königreich (GB) | 62,0 | 73 |
| 1981 | | |
| Griechenland | 11,3 | 21 |
| 1986 | | |
| Portugal | 10,6 | 21 |
| Spanien | 46,0 | 54 |
| 1995 | | |
| Finnland | 5,4 | 13 |
| Schweden | 9,3 | 20 |
| Österreich | 8,4 | 18 |
| 2004 | | |
| Estland | 1,3 | 6 |
| Lettland | 2,2 | 8 |
| Litauen | 3,3 | 11 |
| Malta | 0,4 | 6 |
| Polen | 38,2 | 51 |
| Slowakei | 5,4 | 13 |
| Slowenien | 2,0 | 8 |
| Tschechien | 10,5 | 21 |
| Ungarn | 10,0 | 21 |
| Zypern | 0,8 | 6 |
| 2007 | | |
| Bulgarien | 7,6 | 17 |
| Rumänien | 21,5 | 32 |
| 2013 | | |
| Kroatien | 4,4 | 11 |

BEITRIITTSKANDIDATEN zur Europäischen Union (EU) sind: Island; Serbien; Montenegro Mazedonien und die Türkei

MEILENSTEINE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS:

1952 Gründung ‚Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl‘.

1962 Europäisches Parlament(EP)

1971 EP verfügt über eigenes Geld und wird nicht mehr durch Beiträge der Staaten finanziert.

1979

EP Abgeordnete werden direkt von den Bürgern der EU gewählt, bis dahin waren die Abgeordneten von den einzelnen Mitgliedsstaaten entsandt

1987 Einheitliche Europäische Akte, erstmals Vetorecht für EP, etwa in Beitrittsfragen

1993 Vertrag von Maastricht, EP ist gleichberechtigt in der Erarbeitung europäischen Richtlinien

1999 In den Verträgen von Amsterdam und

2003 Nizza und seit

2009 Vertrag von Lissabon, das Europäische Parlament ist im sogenannten *Mitentscheidungsverfahren*, gleichberechtigt mit den Staaten in den ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, besonders nach ‚Lissabon‘: Handelspolitik, Verbraucherschutz, Binnenmarkt, Verkehr, Inneres und Justiz, polizeiliche Zusammenarbeit.

2014 Nicht zuletzt wählt das Europäische Parlament den Kommissionspräsidenten!

Dieter Krank



Ein Beweis dafür, dass Europarecht keine Elfenbeinturmthematik der „EU-Bürokraten“ in Brüssel oder Luxemburg ist, sondern vor unserer Haustür, ist das Thema „Einheimischenmodelle“ (EHM).

Diese fördern den Grunderwerb für Ortsansässige, um so deren Verdrängung aus der Heimatgemeinde auf Grund (zu) hoher Bodenpreise zu verhindern. Diese sozial-, kommunal- und städtebaupolitisch motivierten Modelle sind sowohl hinsichtlich ihrer Voraussetzungen als auch ihrer Umsetzung vielgestaltig. Realisiert werden sie durch Verkauf subventionierter Grundstücke aus dem kommunalen Bestand oder entsprechender Veräußerungsvorgaben für private Grundeigentümer.¹

Den kommunalen Modellen ist dabei gemein, dass sie neben der Ortsansässigkeit noch auf weitere – soziale – Kriterien wie etwa auf die Einkommensgrenzen und die Anzahl der Kinder zielen.

Mit EHM gestalten die Gemeinden das verfassungsrechtlich verbürgte **Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Abs. 1 GG** in Ausübung ihrer Pflicht zur Gewährleistung der örtlichen Daseinsvorsorge konkret aus. Gerade ländliche Gemeinden wollen mit diesen Kriterien ihre Identität sowie ihre gewachsene Sozial- und Bevölkerungsstruktur bewahren.

Dem von den Vergabekriterien der Kommunen erfassten Personenkreis soll zu diesem Zweck

¹ Wollenschläger, „Das Einheimischenmodell auf dem Prüfstand des Unionsrechts“, EuZW 2012, 885.

weiterhin der Lebensmittelpunkt in ihrer Gemeinde ermöglicht werden. Dies dient dem sozialen Zusammengehörigkeitsgefühl auch der Bewahrung einer ortsspezifischen Kultur und Tradition.

Es sind gerade lang ansässige und in der Gemeinde auch verwurzelte Personen, die sich ehrenamtlich, etwa in Feuerwehren oder Vereinen, engagieren.²

Diesem Konzept ist die Gemeinde Icking gefolgt. Seit 1998 gibt es auch im Ickinger Ortsteil Spatzeloh solch ein Modell. Dieses ist in der „Richtlinie der Gemeinde Icking zur Regelung der Vergabe von Grundstücken im Rahmen der Baulandbeschaffungsprogramme für Einheimische“ abgefasst.

Die Ickinger SPD ist aufgrund ihres sozialen Charakters eine Unterstützerin des örtlichen EHM der ersten Stunde.

Dieses kommunale Erfolgsmodell ist vom Bundesverwaltungsgericht in seiner Rechtsprechung bereits seit 1993 als zulässig anerkannt (BVerwG vom 11.02.1993, Az.: BVERWG 1993-02-11 Az. 4 C 18.91).

EHM verstoßen gegen Freiheiten

Laut EU-Kommission verstoßen EHM allerdings gegen im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) garantierte Freiheiten, wie das Diskriminierungsverbot aus Gründen der

² Portz, „Einheimischenmodelle auf dem Prüfstand der EU-Kommission“, KommJur 2010, 366.

Staatsangehörigkeit gem. Art. 18 AEUV, das Recht auf Freizügigkeit aller Unionsbürger aus Art. 21 und Art. 45 AEUV und das Verbot der Beschränkungen der freien Niederlassung von Unionsbürgern im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats aus Art. 49 AEUV.³

Aus diesen Gründen hat die Kommission 2007 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, dieses ist bisher noch nicht abgeschlossen. Es betrifft unter anderem auch die vier bayerischen Gemeinden Bernried, Seeshaupt, Vohburg und Weilheim.

Mit seinem Urteil vom 08.05.2013 (C-197/11; C-203/11) hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine richtungsweisende Entscheidung erlassen.

Die Entscheidung betraf eine spezielle Ausformung von EHM in Belgien, wonach Personen, die in bestimmten Kommunen Grundstücke kaufen wollen, eine „ausreichende Bindung“ mit diesen Kommunen haben müssen.

EHM auf dem Prüfstand der EU-Kommission

Nach Auffassung des EuGH läuft ein derartiges Genehmigungsverfahren darauf hinaus, einem bestimmten Personenkreis das Wohnen auf einem Grundstück zu verbieten. Der Gerichtshof sieht in den betreffenden Bestimmungen daher Beschränkungen der Grundfreiheiten, die letztendlich nicht gerechtfertigt sind.

³ Portz, „Einheimischenmodelle auf dem Prüfstand der EU-Kommission“, KommJur 2010, 366, 367.



Die flämische Regierung hatte insoweit geltend gemacht, die Bedingung der „ausreichenden Bindung“ sei insbesondere durch das Ziel gerechtfertigt, den Immobilienbedarf der am wenigsten begüterten einheimischen Bevölkerung in den Zielgemeinden zu befriedigen. Der EuGH hielt dem entgegen, dass derartige Kriterien nicht nur von Bedürftigen, sondern auch von anderen, auf dem Immobilienmarkt nicht schutzbedürftigen Personen erfüllt werden. Bindung an die Gemeinde hat jedoch nichts mit Bedürftigkeit zu tun.

Konsequenzen: EHM auch in Deutschland nicht mehr zulässig?

Aufgrund der Ähnlichkeit der Fälle könnte der EuGH hinsichtlich des von der Kommission gerügten deutschen Modells ähnlich entscheiden. Daher sollten Städte und Gemeinden nach der Entscheidung des EuGH vom 08.05.2013 bei ihren EHM auf soziale und an Einkommensgrenzen orientierte Kriterien abstellen und mit diesen Kriterien die Gewährleistung eines ausreichenden Wohnangebots z.B. für einkommensschwache Personen aus der örtlichen Bevölkerung sicherstellen.

Das Ickinger Einheimischen-Modell ist bereits stark an sozialen und finanziellen Kriterien und weniger an Maßstäben der Ortsbindung ausgerichtet.

Denn insoweit hat der EuGH in seiner aktuellen Entscheidung anerkannt, dass diese „sozialen Kriterien“ Erfordernisse sind, die zwingende Gründe des Allgemeininteresses darstellen und damit auch eine Beschränkung

der EU-Grundfreiheiten rechtfertigen.⁴

Dennoch müsste die „**Richtlinie der Gemeinde Icking zur Regelung der Vergabe von Grundstücken**“ im Rahmen der Baulandbeschaffungsprogramme für Einheimische“ vom 27.04.2009 mit Blick auf das Urteil überprüft werden.

Allerdings steht die Entscheidung für die deutschen Einheimischen-Modelle noch aus. Dieses Beispiel und noch viele weitere machen bewusst, dass die Europäische Union uns alle unmittelbar betrifft und keinesfalls zweitrangig für uns vor Ort ist.

Indem wir am 25.Mai zur Europawahl gehen, gestalten wir auch die EU. Angesichts einer Wahlbeteiligung von nur 43% im Jahr 2009 ist es hinterher leicht, auf die „EU-Bürokraten“ in Brüssel zu schimpfen. Das Desinteresse an europäischer Politik ist leider zu oft in unreflektierte Europakritik und Europafeindschaft umgeschlagen.

Die EU hat im Gegenteil maßgeblich dazu beigetragen, dem Herzen Europas den jahrhundertlang ersehnten Frieden zu bringen. Nun über überbordende Bürokratie und vermeintliche Gleichmacherei zu schwadronieren und so zu vergessen, was uns die EU großartig beschert hat, ist gefährlich.

EUROPA braucht uns.

Constantin Beier

⁴ Portz, „EUGH erklärt Einheimischenmodelle für grundsätzlich rechtmäßig“, KommJur 2013, 201, (205).

EUROPA

Von Kurt Tucholski 1932

Am Rhein, da wächst ein süffiger Wein - der darf aber nicht nach England hinein – Buy British

In Wien gibt es herrliche Torten und Kuchen – die haben in Schweden nichts zu suchen – Köp svenska varor!

In Italien verfaulen die Apfelsinen - lasst die deutsche Landwirtschaft verdienen – Deutsche, kauft deutsche Zitronen!

Und auf jedem Quadratkilometer Raum, träumt jeder seinen völkischen Traum und leise flüstert der Wind durch die Bäume... Räume sind Schäume.

Da liegt Europa – wie sieht es aus? Wie ein bunt angestrichenes Irrenhaus. Die Nationen schufteten auf Rekord: Export! Export!

Die andern?

Die andern sollen kaufen! Die andern sollen die Weine saufen! Die andern sollen die Schiffe heuern! Die andern sollen die Kohlen verfeuern!

Wir?

Zollhaus, Grenzpfahl und Einfuhrschein: wir lassen nicht das Geringste herein. Wir nicht. Wir haben ein Ideal: Wir hungern. Aber streng national. Fahnen und Hymnen in allen Ecken. Europa? Europa soll doch verrecken.

Und wenn alles der Pleite entgegenreibt: Dass nur die Nation erhalten bleibt...

[weitere Verse]



Ukraine: was steht bei den Europawahlen auf dem Spiel?

Die Revolution in der Ukraine ist zu einem Konflikt um die Ukraine geworden. Dabei stehen sich nicht nur Interessen in Ost und West gegenüber, sondern auch verschiedene Formen der Außenpolitik. Die Europäische Union hat ihre Anziehungskraft nur durch verschiedene Formen der Teilhabe, die sie an ihrer Rechtsordnung, ihren Märkten und ihrer Politik anbieten kann.

Putin setzt auf wirtschaftliche Kampfmittel

Für die Revolutionäre auf dem Majdan war dies nicht das einzige Motiv, aber ein wichtiges. Bei der Beseitigung von Janukovičs Regime ging es um Meinungsfreiheit, um den Kampf für Transparenz und gegen Korruption - Werte, die aus ukrainischer Perspektive mit der Europäischen Union verbunden werden. Russlands Außenpolitik in der Ukraine kann sich im Osten des Landes auf Gefühle kultureller Zugehörigkeit stützen, aber vor allem basiert Putins Politik auf den Mustern traditioneller Mächtropolitik: Truppen werden an der Grenze zusammengezogen, das Land systematisch destabilisiert und durch wirtschaftliche Kampfmittel in den Ruin getrieben. Zwar schadet Putin mit dieser Politik auch Russland selbst: Das Image des Landes als verlässlicher Wirtschaftspartner nimmt Schaden, strategisch wichtige Importe sind in Gefahr, die Nachbarstaaten mit russischsprachigen Minderheiten, darunter auch das zentralasiatische Kasachstan, sind alarmiert. Doch kurzfristig erzielt das Katz- und Maus-Spiel, das Putin mit der Ukraine spielt, Erfolge.

Dieser Politik hat die EU, abgesehen von der Drohung mit Wirtschaftssanktionen, nichts Entsprechendes entgegensetzen. Bislang sind es die Nationalstaaten, die die Außenbeziehungen der EU zu Kiev und Moskau prägen. Zu den wenigen positiven Erfahrungen der vergangenen Mo-

nate gehört es, dass dabei bislang ein relativ enger Schulterchluss der europäischen Staaten gewahrt wurde.

Schon während der Revolution auf dem Majdan waren es die Staaten des sogenannten Weimarer Dreiecks, d.h. Deutschland, Frankreich und Polen, welche die Vermittlung zwischen den Konfliktparteien gemeinsam in die Hand nahmen. Deren Außenminister Steinmeier, Fabius und Sikorski handelten ein Abkommen aus, das zwar angesichts der revolutionären Logik des Geschehens nicht lange Bestand hatte, aber doch ein Blutvergießen auf dem Majdan verhinderte. Seit der Annexion der Krim ist **die mächtropolitische Dimension des Konfliktes** offen zu Tage getreten. Frank-Walter Steinmeier hat zu Beginn dieser Konfliktphase die gemeinsame Haltung der Staaten der Europäischen Union eindrucksvoll erklärt: Die EU müsse, entsprechend des russischen Konfliktverhaltens, stufenweise Sanktionen gegen Russland verhängen.

Mit Blick auf die historischen Erfahrungen von 1914 mahnte er zugleich, die Verhängung von Sanktionen zu überprüfen und mit Russland über Auswege aus einer Sanktionsspirale zu verhandeln. **Steinmeiers Politik – die zugleich Merkels Politik ist – besteht also darin, an der Entschlossenheit zu Sanktionen keinerlei Zweifel zu lassen,** doch jeglichen Überschwang und jegliche Provokation gegen die russische Seite dabei zu vermeiden.

Steinmeier hat selbst einen Bezug zu der „schlafwandlerischen“ Politik der Mächte vor dem Ersten Weltkrieg hergestellt, die jeweils in ihrer eigenen Logik gefangen waren und es versäumt haben, durch Verhandlungen Auswege zu finden. Man kann gegen jeden historischen Vergleich Argumente finden, aber wenn man in der gegenwärtigen Situation eine Lehre aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts ziehen möchte, ist eine Politik, die

transparent in ihren Zielen und zugleich in jeder Situation Gesprächsbereit ist, die beste Schlussfolgerung. Schäubles sofort dementierter Vergleich zwischen Putins und Hitlers Konfliktstrategien ist, politisch gesehen, weit weniger sinnvoll.

Das Weimarer Dreieck

Deutschland, Frankreich und Polen organisieren im „Weimarer Dreieck“ einen Minimalkonsens der Europäer im Konflikt um die Ukraine. Doch ist es notwendig, dass nicht nur eine Gruppe von europäischen Nationalstaaten, sondern die Europäische Union selbst die Fähigkeit zur gemeinsamen Willensbildung entwickelt. Auch darum geht es bei der Europa-Wahl. In vielen Ländern der Union sind Euroskeptiker und Nationalisten auf dem Vormarsch. Seit dem Wegfall der 3%-Hürde ist nicht auszuschließen, dass nationalistische und europafeindliche Parteien im Parlament eine ähnliche Zahl an Abgeordnetensitzen gewinnen werden, wie jeweils die beiden großen Blöcke der Sozialdemokraten und der Christlichen Demokraten.

Für die Willensbildung in der Europäischen Union, ja für die Freiheit und Sicherheit des Kontinents, liegt darin eine große Gefahr. **Deshalb kommt es diesmal in Europa so sehr auf eine hohe Wahlbeteiligung an.**

Die Abschaffung der 3%-Hürde kann zu dem Missverständnis verleiten, die Europawahl sei nicht wichtig, sie sei ein Experimentierfeld für die Wahl kleiner Parteien mit kernigen Slogans. Das Gegenteil ist der Fall. Jede Wahlenthaltung eröffnet einer Politik der Verantwortungslosigkeit Spielräume. **Jede Stimme der Europäer für die SPD stärkt die Fähigkeit, mit einer Stimme zu sprechen.**

Dr. Martin Schulze-Wessel lehrt Geschichte Osteuropas an der LMU München



Energiewende: die Aufgabe steht nach wie vor an!

Energiewende ist eine Herausforderung – und unbedingt machbar!

Eine große Vision braucht Systematik, Geduld, Hartnäckigkeit und Zusammenarbeit

Vor tausend Tagen hat die Bundesregierung einstimmig beschlossen, unter dem Einfluss des Atomunfalls von Fukushima aus der nuklearen Stromerzeugung auszusteigen. Eine große Vision. Ganz Europa staunte, aber zweifelte an der Möglichkeit, bis 2022 alle Atomkraftwerke abzuschalten. Acht von ihnen wurden sofort abgeschaltet. Inzwischen ist der Anteil der regenerativen Stromversorgung auf 26 % gestiegen. Mehr als durch die Atomkraft. Also: alles in Ordnung? Leider bei weitem nicht!

Warum so viel Negatives in der Presse?

In den letzten Monaten hat man in der Presse fast nur Negatives im Zusammenhang mit der Energiewende gelesen: Widerstand der Bevölkerung gegen Windräder und Stromtrassen vom windstarken Norden in den Süden, steigende Kosten der Fördersätze beim Strompreis („die Energiewende muss bezahlbar bleiben“), Klage der EU gegen die Bundesrepublik, Angst vor Blackouts (ist die Versorgungssicherheit nicht vielleicht gefährdet?), die vier großen Energiekonzerne melden mögliche große Verluste, immer mehr Kraftwerke werden aus Rentabilitätsgründen abgeschaltet. Was ist da los? Für die Presse sind offenbar „bad news good news“.

Die Energiewende ist eine große systemische Veränderung!

Wir wandeln uns von einer zentralen Versorgung durch vier mächtige Energiekonzerne auf

eine Vielzahl von dezentralen Energieerzeugern:

durch Photovoltaik-Anlagen auf tausenden von Haus- und Unternehmensdächern, durch zehntausende von Windrädern, davon viele von Kommunen und Bürgern finanziert, an Land und auf dem Meer, durch Biogas- und Geothermie-Anlagen, bodennah und in der Tiefe. All diese neuen Energieerzeuger müssen miteinander vernetzt werden.

Es ist ein **Paradigmenwechsel**, um im Zeitalter der zu Ende gehenden Ölreserven („Peak oil“ ist schon überschritten) die wertvollen Reste zu schonen, aber auch um unabhängig zu werden von Gas aus Russland und Öl aus dem nahen Osten.

Was ist dringend erforderlich und was hat schon begonnen?

Um das in den nächsten acht Jahren weitgehend zu schaffen, ist eine sehr viel intensivere, koordinierte Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen, Fachstellen, Ministerien und Landkreise notwendig. Die für August dieses Jahres vorgesehene Reform des „Erneuerbare Energien-Gesetz“ wird wesentlich sein, um den Netzausbau mit den Fördersätzen zu korrelieren:

So wäre es sinnvoll, die Fördersätze getrennt nach Solar und Wind zu bestimmen, unterschiedlich für die verschiedenen Regionen Deutschlands, je nachdem, wo mehr Wind weht und wo mehr Sonne scheint.

Es muss – und wird – aber noch mehr passieren, wie z.B.

Die Bürgerkraft-Hotline:

www.buergerkraft-isartal.de

hotline@buergerkraft-isartal.de

Telefon 0172 - 8963446

- mehr energiesparende Geräte in Haushalten,

- energiesparende Fenster und Dämmung von Häusern

- Umsetzung der von den Landkreisen (ach Bad Tölz) kürzlich erstellten Klimaschutzkonzepte mit gezielten Maßnahmen

- Einsatz neuer Techniken, um aus Sonnenstrom mit chemischen Verfahren Wasserstoff und Methan zu erzeugen, die in das bundesdeutsche Gasnetz eingespeist werden können.

- Neu-Regelung des europaweiten Stromhandels und die

- Verteuerung der Emissions-Zertifikate und vieles mehr.

Weil aber mit sovielen Aktionen auch viele Abstimmungen verbunden sind, geht es nicht so schnell, wie man sich das wünscht.

Was heißt das nun für uns in Icking?

Vor zwei Jahren wurde für die Gemeinden Icking, Schäftlarn und Baierbrunn der Verein Bürgerkraft Isartal gegründet:

Dort hat die Energie-Fachfrau Jutta Scholz die **Bürger-Hotline** gegründet. Wer erwägt, auf seinem Dach Photovoltaik zu installieren, kann sie um einen kostenlosen Besuch zur Diskussion der Möglichkeiten und Kosten bitten.

Der Autor dieser Zeilen hatte nur drei Wochen nach Vertragsunterschriftung 50 Quadratmeter (9,8kwpeak) auf seinem Dach, sodass er im **Eigenverbrauch** Energie direkt von der Sonne ernten und den Überschuss ins Stromnetz einspeisen kann.

So können auch Sie der Energiewende zum europäischen Erfolg verhelfen

Klaus Kreuzer.



Unsere SPD-Kandidatin für das Europäische Parlament: Maria Noichl

- 47 Jahre bin ich alt, habe 2 Kinder und 1 Enkelkind - den kleinen Jonathan (3,5)
- seit 12 Jahren bin ich Stadträtin in Rosenheim, war 5 Jahre als Landtagsabgeordnete Sprecherin für Agrar+Forst
- ich bin Lehrerin für Ernährung und Gestaltung, derzeit an der Berufsschule in Miesbach
- 08031 - 380 393 ist meine Telefonnummer (ich wohne in meinem Heimatort Rosenheim)

ZWEI Gedanken für EUROPA

Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen - NEIN und NIERGENDS!

Über 80 % der Bevölkerung in Bayern und in Deutschland spricht sich klar gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen aus. Für die Ablehnung werden die verschiedensten Gründe genannt. Sorge um die Gesundheit, Angst vor nicht rückholbarer Auskreuzung der Samen, Artensterben und Verengung der Vielfalt da die Industrie nur auf „Gewinnerpflanzen“ setzt, Abhängigkeit der Landwirte von Konzernen und vieles mehr.

Sehr viel geringer ist der Protest gegen die Einfuhr gentechnisch veränderter Sojafuttermittel für unsere Rinder und Schweine. Kann es sein, dass Menschen, die hier bei uns vehement gegen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen protestieren ohne schlechtes Gewissen Billigfleisch einkaufen und somit den Anbau von „Gensoja“ zum Beispiel in Brasilien tolerieren? Hier stehe ich

für eine klare Politik, die über den Tellerrand blickt:

Keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf die Felder: Nicht in Oberbayern, nicht in Bayern und nirgends auf der Welt.

Die Welt ist klein geworden. Wir sind alle Nachbarn. Die SPD in Bayern und Europa steht klar hinter einem sehr alten Spruch: „Was Du nicht willst das man Dir tu, da füge auch keinem andern zu.“ Oder?

Gewinnmaximierung contra Gemeinwohl - die Daseinsvorsorge unter der Lupe

Gibt es nicht ein Verpflichtung für den Staat, die Grundversorgung der Menschen aus eigener Hand zu garantieren? Nein, noch gibt es sie nicht. Ich würde es aber begrüßen, wenn die Grundversorgung im Gesundheitsbereich, die Basis der Bildung, die Grundversorgung in Bereichen wie Mobilität, Trinkwasser, Energie, Kommunikation verpflichtend in staatlicher Hand liegen müss-

te. Ist dies der Staat seinen Bürgern und Steuerzahlern nicht schuldig?

In existenziellen Bereichen darf es nicht um Profite gehen, sondern um Versorgungssicherheit, Stabilität, Bezahlbarkeit und gleichberechtigten Zugang für alle Menschen.

Ich sehe es als Aufgabe der SPD, in Europa für die beste Verankerung der Daseinsvorsorge zu sorgen. In Bürgerhände was in Bürgerhände gehört. Eine Grundversorgung in eigener Hand als Pflicht für den Staat, für das Land, für die Kommunen.

In diesem Zusammenhang schmerzt es mich sehr zu erleben, wie auch deutsche Politik z.B. Griechenland zwingt Bereiche der Daseinsvorsorge zu privatisieren. Wer Privatisierungen in en Grundbereichen der Versorgung fordert um angeblich Schulden zu minimieren macht sich schuldig. Denn wir wissen es schon einige Jahre besser. Oder?

Maria Noichl

www.maria-noichl.eu

Der Kandidat der europäischen Sozialdemokraten, Martin Schulz:

10 Ziele für ein Europa

das wirtschaftlich dynamisch ist und in die Zukunft investiert

das gute Jobs schafft und faire Löhne sichert. Durch einen Pakt für Mindestlöhne.

das die Jugendarbeitslosigkeit in den nächsten 5 Jahren deutlich senkt und in Bildung und Arbeit investiert

das unsere gemeinsame Währung stärkt. Damit wir im globalen Wettbewerb unseren Wohlstand sichern

das Steuerhinterziehung und Steuerbetrug entschieden bekämpft.

Und vor der Zockerei von Banken und Spekulanten besser schützt

das beim Klima- und Umweltschutz wieder Weltspitze ist. Indem es auf erneuerbare Energien setzt

das die Rechte der Verbraucher(innen) stärkt und unsere persönlichen Daten schützt

das mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung wagt und die EU-Bürokratie in die Schranken weist

das Vielfalt respektiert und nur regelt, was nicht besser auf lokaler,

regionaler und staatlicher Ebene geregelt werden kann

das Grundidee von Frieden, sozialer Sicherheit und Wohlstand erneuert. Und diese Werte gegenüber anderen behauptet.

Mehr Infos unter:

www.martin-schulz.eu

oder Telefon 030 25991-500

